

Motion Aufsichtskommission AK (Kurt Hirsbrunner, BDP/Nicola von Greyerz, SP): PGB - Überprüfung von Kennzahlen, Steuerungsvorgaben und „light“-Dienststellen

Parallel zur Auflösung der vom Stadtrat eingesetzten, nichtständigen Kommission „Umsetzungskommission Neue Stadtverwaltung Bern“ (UK NSB) im Jahr 2007 hat die UK NSB u.a. eine Motion¹ eingereicht, mit welcher der Gemeinderat aufgefordert wurde, den Steuerungsanteil des Produktgruppen-Budgets umfassend zu überarbeiten. Gleichzeitig wurde die damalige Budget- und Aufsichtskommission beauftragt, die zum damaligen Zeitpunkt von der UK NSB initiierten und noch nicht abgeschlossenen Geschäfte sowie die Umsetzung der von der KPM im Rahmen der durchgeführten Evaluation Parlaments- und Verwaltungsreform NSB² gemachten Empfehlungen zu überwachen.³

Die Aufsichtskommission ist diesem Auftrag nachgekommen und hat eine Arbeitsgruppe NSB eingesetzt, welche nach zwei durchgeführten Sitzungen die Kommission am 27. August 2012 über den Stand der von der UK NSB überwiesenen und beim Gemeinderat hängigen Vorstösse sowie über die Umsetzung der gemachten Empfehlungen der KPM informiert hat. Dabei wurde festgestellt, dass in der Zwischenzeit die Mehrheit von den siebzehn im vorstehend erwähnten Evaluationsbericht der KPM gemachten Empfehlungen umgesetzt worden sind bzw. dass bei einigen Empfehlungen aus heutiger Sicht kein Handlungsbedarf mehr besteht. Ebenfalls wurde festgestellt, dass die noch nicht umgesetzten Empfehlungen in einem engen Zusammenhang mit der eingangs erwähnten Motion stehen, dass aber das Grundanliegen der Motionäre, namentlich der Auftrag an den Gemeinderat „den Steuerungsanteil des Produktgruppen-Budgets umfassend zu überarbeiten, wobei insbesondere die Leistungs- und Wirkungsziele zu unterscheiden und die entsprechenden Indikatoren zu formulieren sind“ wohl auf eine grundsätzliche Neukonzeptionierung hinauslaufen und die in den letzten Jahren gemachten Optimierungen des PGB unberücksichtigt lassen würden. Aus diesem Grund und auch weil die Motion veraltete und teilweise dem Sprachgebrauch der Stadt Bern nicht entsprechende Inhalte aufweist, hat die Aufsichtskommission beschlossen, dem Stadtrat die Abschreibung der UK-NSB-Motion zu beantragen.

Trotz der Abschreibung der genannten Motion sieht die Aufsichtskommission einen gewissen Handlungsbedarf für eine umfassende Überprüfung des Produktgruppenbudgets. In den letzten Jahren haben die Sachkommissionen, die Finanzdelegation und letztendlich auch der Stadtrat im Rahmen der Budgetberatungen immer wieder auf Punkte hingewiesen, welche einer Anpassung bzw. Überprüfung des PGB bzw. der einzelnen Steuerungsvorgaben sowie der Kennzahlen bedürfen. Auch die Einführung immer mehr Dienststellen, welche als Light-Gruppen im PGB aufgeführt werden und entsprechend über keine Steuerungsvorgaben verfügen, wird als störend erachtet.

Dieser von der Aufsichtskommission verfolgte Motionsauftrag unterscheidet sich nicht grundsätzlich vom Motionsauftrag der UK NSB, obwohl ersterer weniger weit geht und nicht nach einer umfassenden Überarbeitung des Steuerungsanteils verlangt. Vielmehr sollen einerseits die Kennzahlen und Steuerungsvorgaben gesamthaft aufgelistet, analysiert und mit einer

¹ Motion Umsetzungskommission Neue Stadtverwaltung Bern, UK NSB (Liselotte Lüscher, SP/Ueli Haudenschild, FDP): Steuerungsanteil im Produktgruppen-Budget überarbeiten (2007. SR.00099).

² Evaluation der Parlaments- und Verwaltungsreform Neue Stadtverwaltung Bern NSB, Schlussbericht zu Händen des Stadtrats und des Gemeinderats, Ladner, Cemerin, Ritz, Sager, KPM-Schriftenreihe Nr.18, Bern 2007

³ Vortrag der UK NSB an den Stadtrat vom 10. Mai 2007 Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Schlussbericht und Auflösung der Umsetzungskommission NSB

entsprechenden Wertung des Gemeinderats versehen werden, damit in einem zweiten Schritt der Stadtrat aufgrund der gelieferten Daten eine Diskussionsgrundlage hat, um über die Notwendigkeit der entsprechenden Kennzahlen und Steuerungsvorgaben entscheiden zu können. Als dritter Schwerpunkt wird eine Analyse der Dienststellen ohne Steuerungsvorgaben verlangt, worin der Gemeinderat die Notwendigkeit der Einführung solcher Dienststellen darlegen bzw. aufweisen soll, ob eine Umwandlung in eine Dienststelle mit Steuerungsvorgabe nicht sinnvoller erscheint.

Entsprechend dem vorstehend Ausgeführten wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Überprüfung des PGB vorzunehmen:

1. Überprüfung der Kennzahlen (Auflistung/Analyse)
Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gesamthafte Auflistung der Kennzahlen vorzunehmen, diese zu analysieren und mit einer entsprechenden Wertung zu versehen.
2. Überprüfung der Steuerungsvorgaben (Auflistung/Analyse).
Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gesamthafte Auflistung der Steuerungsvorgaben vorzunehmen, diese zu analysieren und mit einer entsprechenden Wertung zu versehen.
3. Überprüfung der „light“-Dienststellen
Der Gemeinderat wird verpflichtet, alle Dienststellen ohne Steuerungsvorgaben („light“-Dienststellen) daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht in Dienststellen mit Steuerungsvorgaben umgewandelt werden könnten.

Bern, 15. August 2013

Erstunterzeichnende: Nicola von Greyerz, Kurt Hirsbrunner

Antwort des Gemeinderats

Das PGB 2014 enthält 286 Steuerungsvorgaben sowie 736 Kennzahlen. Bei insgesamt 98 Produktgruppen verfügen 29 (ca. 30 %) über keine Steuerungsvorgaben, sondern werden lediglich mit Kennzahlen rapportiert. Der Gemeinderat ist nach zehnjähriger Erfahrung mit NSB der Ansicht, dass eine Überprüfung der von der AK angeregten Punkte sinnvoll ist. Er möchte die Analyse und Diskussion jedoch nicht ausschliesslich auf das Thema Steuerungsvorgaben, Kennzahlen und light Dienststellen beschränken. Im Rahmen des 14. Haushaltsverbesserungsmassnahmenpakets (HH14) wurden auch Anregungen zum Steuerungssystem der Stadtverwaltung nach NSB eingebracht, die zu Produktivitätssteigerungen oder zu Einsparungen führen könnten. Sinnvoll erscheint dem Gemeinderat zum Beispiel eine Ausweitung auf die Frage, ob Leistungsindikatoren in Leistungsverträgen auch als Steuerungsvorgaben und Kennzahlen im Sinne von NSB zu verstehen und deshalb für die Vertragsparteien ebenfalls verbindlich sind. Sowohl für Stadt- und Gemeinderat als auch für die Stadtverwaltung könnte es nützlich sein, wenn die Prozesse, Hilfsmittel und Schnittstellen zwischen den im Budgeterstellungsbereich engagierten Gremien und Stellen gemeinsam hinterfragt und gegebenenfalls angepasst würden.

Falls der Stadtrat die Motion erheblich erklärt, ist der Gemeinderat bereit, mit dem Stadtrat, bzw. mit der zuständigen Kommission Kontakt aufzunehmen, um den Revisionsprozess einzuleiten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die von der AK verlangte Analyse und Darstellung bezüglich der Steuerungsvorgaben, Kennzahlen und light Dienststellen wird vorwiegend mit internen Ressourcen aus der Finanzverwaltung und den Direktionsfinanzdiensten aller Direktionen erbracht werden. Eine weiterführende Überprüfung und Anpassung kann jedoch nur in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat bzw. einer von ihm eingesetzten Fachkommission effizient umgesetzt werden. Diese umfassendere Überprüfung dürfte mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen und wäre gesondert vom Auftrag der AK in Auftrag zu geben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 12. Februar 2014

Der Gemeinderat